Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 113 (2019)
Heft: 10

Artikel: Multilateralismus vor Profitinteressen
Autor: Molina, Fabian / Hui, Matthias
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-868122

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Multilateralismus vor Profitinteressen

Neue Wege-Gespräch mit Fabian Molina von Matthias Hui

Am Verhältnis von China und der Schweiz lassen sich aussenpolitische Tendenzen exemplarisch aufzeigen. Wie kann – oder muss – eine fortschrittliche China-Politik unter diesen Vorzeichen aussehen?

NW Wie kamen Sie auf die politische Thematik China?

FM Ich habe nur indirekte Bezüge. Ich kenne Chinesinnen und Chinesen und Leute, die in China arbeiten, war aber selber noch nie vor Ort. Wir begannen vor einem knappen Jahr an einer sozialdemokratischen China-Strategie zu arbeiten, weil dieses Thema in der Bevölkerung virulent ist und die Bundespolitik stark beschäftigt. Wir glauben, dass am Verhältnis Schweiz-China vieles exemplarisch ist, was aussenpolitisch falsch läuft. Chinas Aufstieg markiert einen geopolitischen Trend, und der Umgang des Westens mit China markiert ebenfalls eine Trendwende. Sie ist im Ausmass wahrscheinlich vergleichbar mit dem Ende des Kalten Krieges.

NW Sie sind also im Rahmen der schweizerischen Aussenpolitik auf China gekommen. Wenn Sie jetzt in dieses Land reisen könnten, was würde Sie erkunden?

FM Mich würde speziell das Funktionieren der politischen Institutionen interessieren. In der Ausarbeitung der China-Strategie der SP-Fraktion habe ich mit vielen Menschen gesprochen. Einige haben mit einem maoistischen Hintergrund China in den 1970er und 1980er Jahren bereist, andere arbeiten oder leben heute dort. In diesen Erzählungen zeigen sich grosse Veränderungen in der chinesischen Politik und Gesellschaft. Das mit eigenen Augen zu sehen, fände ich sehr spannend.

NW Die Schweizer Bundesräte reisen häufig nach China. Ueli Maurer sagte bei seinem letzten Besuch in Bezug auf Menschenrechte: «Bei all unseren Treffen sind diese am Rande ein Thema. Wir führen allerdings bereits seit sechzehn Jahren einen Menschenrechtsdialog mit China. Es ist nicht das Hauptthema. Aber China ist sich sehr wohl bewusst, dass es an der Schwelle von einem Entwicklungsland zur führenden Industrienation steht.» China verwahrt sich gegen westliche Einmischung. Seinerseits hat China den Anspruch, Menschenrechte neu zu prägen und das Gemeinwohl, die sozialen und wirtschaftlichen Rechte, etwa den Erfolg in der Bekämpfung von Hunger und Armut, ins Zentrum auch der globalen Menschenrechtskonzeption zu rücken. Die individuellen Freiheitsrechte haben in dieser Systematik keinen hohen Stellenwert. Wie stellt sich Ihrer Meinung nach die Menschenrechtssituation in China dar?

FM Daran sind zwei Dinge problematisch: Wenn wir zuerst die Menschenrechtssituation in China betrachten, müssen wir konstatieren, dass die sozialen und wirtschaftlichen Rechte zum Teil weiter entwickelt sind als in der Schweiz. Gleichzeitig werden aber bürgerliche und politische, aber auch kulturelle Rechte massiv beschnitten. Das wahrscheinlich erschreckendste Beispiel ist die Situation in Xinjiang, wo über eine Million Uigurinnen und Uiguren in Lagern interniert sind. Dass da die internationale Staatengemeinde, aber auch jeder Mensch, der sich den universalen Menschenrechten verpflichtet fühlt, Empörung verspürt, ist etwas Selbstverständliches. Der zweite Punkt: Wir leben in einer Epoche, in der gemeinschaftliche Lösungen zwischen

den Staaten, internationale Normen und Standards an Bedeutung verlieren. An deren Stelle treten stattdessen Alleingänge und Souveränitätspropaganda. Das führt dazu, dass China im UNO-Sicherheitsrat, im UNO-Menschenrechtsrat, aber auch in der WTO immer stärker prägen kann, welche Normen gelten und wie sie interpretiert werden sollen. Das wiederum hat eine schleichende Umdeutung der Menschenrechte zur Folge. Das ist nicht nur problematisch, denn die westliche Interpretation der Menschenrechte ist nicht immer vollständig. Aber der Wert der Menschenrechte und das Verständnis dafür, dass wir eine gemeinsame Verantwortung für menschliche Sicherheit tragen, erodiert eben auch im Westen immer mehr.

MW Verteidigen Sie damit die schweizerische Aussenpolitik, wie sie bisher war oder gemäss der Verfassung betrieben werden sollte? Oder machen Sie sich am Beispiel China stark für Elemente einer spezifisch progressiven, postkolonialen Menschenrechtspolitik?

FM Die schweizerische Aussenpolitik war nie widerspruchsfrei, auch nicht bezüglich Menschenrechte. Man hat einerseits immer multilateral und bilateral Menschenrechte thematisiert, man hat in der Entwicklungszusammenarbeit Projekte zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie durchgeführt. Gleichzeitig hat man aber immer wieder weggeschaut, wenn dort Menschenrechte verletzt wurden, wo sich der Profit steigern liess für die eigene Exportindustrie. Insofern kann linke Politik nicht einfach das Bestehende verteidigen. Was getan werden muss, ist, das Primat der Wirtschaft in der Aussenpolitik, das mit dem neuen Aussenminister nochmal an Bedeutung gewonnen hat, zurückzudrängen. Das zeigt sich am Fall China exemplarisch: Rechtsnationale, die alles, was mit Multilateralismus und Kooperation zu tun hat, ablehnen, wie es bei der EU beispielhaft der Fall ist, sehen keine Probleme, wenn es um bilaterale Abkommen mit China geht, etwas zum Investitionsschutz. Nicht etwa, weil ihnen die chinesische KP näher wäre, sondern weil es dabei keinen übergeordneten politischen Rahmen gibt. Da kann man ungehindert wirtschaften und den Profit vergrössern. Dagegen, dass es in der Aussenpolitik nur um den besten Deal und um Switzerland first geht, müssen wir entschieden ankämpfen. Menschenrechte dürfen nicht zu einem Feigenblatt verkommen. Wenn Ueli Maurer sagt, Menschenrechte seien am Rand

Was, wenn der Kapitalismus am besten nicht über Demokratie, sondern ein autoritäres System funktioniert?

ein Thema gewesen, sagt er eigentlich, dass ihm das Thema völlig egal ist, er aber seine Pflicht erfüllt hat.

MW Sie fordern eine Neuausrichtung der schweizerischen China-Politik. Die Chinesen sähen die Schweiz vor allem als Einfallstor zu Europa. Sie sagen, der Bundesrat müsse sich an der EU-China-Strategie orientieren und von einer isolationistischen und rein eigennützigen China-Politik Abstand nehmen. Nur durch ein gemeinsames europäisches Vorgehen könne Europa seine Werte und Interessen verteidigen. Muss die Schweiz tatsächlich EU-Politik betreiben? Verschwimmen da nicht Machtverhältnisse, wenn sich die Linke für eine EU-Politik einsetzt, die global ganz einfach in Konkurrenz zum chinesischen Herrschaftsanspruch steht? Und um welche europäischen Werte geht es da in Zeiten der Festung Europa?

FM Aussenpolitik im Kapitalismus bedeutet immer auch, neue Absatzmärkte zu erschliessen. Dieser systemische Zwang lässt sich nicht einfach über eine andere Aussenpolitik überwinden. Was sich aber überwinden lässt, ist der Rahmen, in dem diese Erschliessung neuer Absatzmärkte passiert. Es ist ein Unterschied, ob wir wie im Kolonialismus neue Märkte erschliessen, indem wir eine Denkweise, ein politisches System auf andere Länder überwälzen und eine Vorherrschaft errichten oder ob wir das in einem verbindlichen rechtlichen Rahmen tun, in dem individuelle Menschenrechte gewahrt werden. Ich bin überzeugt, dass das auf einer multilateralen Ebene besser funktioniert. Erstens gibt es innerhalb der EU Checks and Balances zwischen den Interessen der verschiedenen Staaten. Zweitens hat ein grosser Rahmen wie die EU eine höhere Verbindlichkeit. Wenn die Schweiz als kleines Land gegenüber China darauf beharrt, dass Menschenrechte gelten sollen, dann ist das oft lächerlich. Aber im Verbund mit einem Wirtschaftsraum von 500 Millionen Menschen hat die Stimme Gewicht. Das sind die Überlegungen, weshalb die schweizerische Aussenpolitik im EU-Rahmen besser aufgehoben ist. Selbst wenn die EU-Politik schlechter wäre als die der Schweiz – was in diesem Fall definitiv nicht zutrifft –, wäre die Überwindung des Nationalstaates als Bezugsrahmen für Aussenpolitik ein Fortschritt.

MW In welchem politischen Kontext kommt es zur gegenwärtigen wirtschafts- und von kurzfristigen Eigeninteressen getriebenen Chinapolitik? Was geschieht da gerade mit der schweizerischen Aussenpolitik?

FM Die Schweiz folgt einem internationalen Trend. Fünf der zehn bevölkerungsreichsten Länder werden zurzeit von Antimultilateralisten regiert: die USA, Russland, China, allerdings nur zum Teil, Brasilien und Indien, aber auch wichtige Staaten wie Grossbritannien. Es ist zentral, diese Entwicklung ideologisch zu verstehen, auch in der Schweiz. In Bezug auf den Handel sind keine Isolationisten am Werk. Sie sind dafür, dass sich die Absatzmärkte für die einheimische Industrie vergrössern lassen. Was sie ablehnen, ist der multilaterale rechtliche Rahmen. Sie wollen nicht, dass weltweit für alle dieselben Regeln gelten und in diesem Rahmen auch fundamentale Menschenrechte oder Umweltstandards erkämpft oder verbessert werden können. Sie wollen das alles bilateral tun und jeweils den besten Deal rausholen. In diesem Rahmen ist auch die Aussenpolitik von Ignazio Cassis zu verstehen. Das ist nicht neu: Die Schweiz war schon immer Spezialistin darin, einen Sonderweg einzuschlagen. Neu ist aber, dass man das so offen sagt und multilaterale Bestrebungen relativ hemmungslos hintertreibt. Das führt nicht nur zu einem Imageschaden, sondern auch dazu, dass sich das Verständnis, wofür Aussenpolitik gut sein soll – auch zur Förderung von Frieden, Menschenrechten und Sicherheit in der Welt als Teil einer solidarischen Wertehaltung –, immer mehr verschiebt. Das halte ich für das eigentlich Gefährliche.

MW Wie lässt sich unter diesen gegenwärtigen Voraussetzungen linke Aussenpolitik betreiben? Wie sähe eine linke schweizerische Aussenpolitik der Solidarität, der Menschenrechte, der feministischen Gleichstellung, der globalen Zukunftsfähigkeit und schliesslich als Beitrag zu einem grundlegenden Systemwandel, um die Position der Klimabewegung aus?

FM Das wichtigste Projekt einer solidarischen Aussenpolitik ist zurzeit die Konzernverantwortungsinitiative. Wir haben als Schweiz eine Verantwortung für das Elend in anderen Teilen dieser Welt. Wir stellen die Politik über die Macht der Konzerne. Wir haben eine ethische Verantwortung, über unsere Aussenwirtschaftspolitik zu diskutieren. Die Initiative etabliert ein Prinzip, das für eine linke

Aussenpolitik zentral ist: Es geht nicht ausschliesslich darum, mehr zu geben, wozu wir uns in der Entwicklungszusammenarbeit und bei der Klimafinanzierung international verpflichtet haben. Sondern es geht auch darum, weniger kaputt zu machen, weniger zu rauben. Wir müssen aufhören, ein derart parasitäres Steuersystem aufrechtzuerhalten. Wir müssen aufhören, unsere Konzerne ohne Sorgfaltsprüfung in die Welt hinaus zu lassen. Wir müssen eine kohärente Rohstoffpolitik betreiben, die verhindert, dass Menschenrechte verletzt werden und es zu Kapitalflucht aus den ärmsten Ländern dieser Welt kommt. Wir brauchen eine Strategie für einen grünen Finanzplatz.

NW Zurück zu China: Wissen wir genug über China? Beat Schneider, linker Kulturwissenschaftler aus Bern, sagt: «Die hiesige Haltung zu China oszilliert zwischen Faszination, Ignoranz, Angst und Sinophobie. Letztere, die latente antichinesische Stimmung, hat eine lange europäische Tradition. Das westliche Wissen über China hat einen beschämend tiefen Stand, selbst an elementarsten Kenntnissen.» Teilen Sie diese Analyse? Was tragen Sie dazu bei, dass diese Situation von Distanz, Nichtverstehen und festgefügten Bildern sich ändert?

FM Ich teile diese Analyse vollständig. Es ist auch eine Forderung unseres Papiers, dass wir breites, gesellschaftliches China-Wissen brauchen. Unser Wissen über die Welt basiert noch immer auf der Nachkriegsordnung: Wir wissen ausserhalb Europas viel über die USA, vielleicht noch über Russland. Aber das Wissen über die Welt hört da auf. Das heisst nicht, dass alle Chinesisch lernen müssen, damit wir besser investieren können, oder dass wir wissen müssen, wie die Chinesinnen und Chinesen Tee trinken. Es geht darum, dass wir aus einer humanistischen Bildungsperspektive wissen wollen, wie die Welt funktioniert, in der wir leben, und da spielt China eine wichtige Rolle.

NW Ist der gegenwärtige Handelskrieg USA-China bereits ein neuer sinophober Kalter Krieg, wie Beat Schneider und andere sagen, der zunehmend antikommunistisch konnotiert ist? Und spielt das marxistische Selbstverständnis der chinesischen Machthaber in der hiesigen Diskussion eine Rolle?

FM Die ablehnende Haltung gegenüber China im Westen hat auch rassistische Hintergründe, das Bild vom gefährlichen «gelben Mann».

In der Aussenpolitik darf es nicht nur um den besten Deal gehen.

Zweitens gibt es sicherlich eine antikommunistische Konnotation des hiesigen China-Bildes in bürgerlichen Kreisen. Diese ist aber viel schwächer geworden in den letzten Jahrzehnten. Viel prägender für das Chinabild ist aber drittens die Faszination für den Autoritarismus geworden. Es ist nicht zufällig, dass der chinesische Botschafter in der Schweiz eine Kolumne in der *Weltwoche* hat, in der er monatlich ungefiltert die Propaganda der Kommunistischen Partei verbreiten darf. Es ist nicht von ungefähr, dass Blocher, Martullo-Blocher und Köppel in den höchsten Tönen über das chinesische System sprechen. Sie sind nicht fasziniert von der marxistischen Grundlage, sondern von der autoritären Praxis. Es gibt den theoretischen Gedanken von Slavoj Žižek, der fragt: Was ist, wenn der Kapitalismus nicht, wie wir es Jahrzehnte geglaubt haben und es uns eingetrichtert wurde, einhergeht mit Demokratie, sondern er am besten über ein autoritäres System funktioniert? China hat – durchaus auch mit marxistischer Grundlage – gezeigt, dass Staatskapitalismus in Kombination mit Autoritarismus funktioniert und man so auch Widerstand besser unterdrücken kann. Viele autoritäre Nationalisten im Westen träumen davon, den Einzelnen noch besser überwachen, normieren und zu einem gewissen Verhalten bringen zu können.

NW Sehen Sie den Hauch einer Perspektive, dass trotz allem in China ein glaubwürdiger Sozialismus des 21. Jahrhunderts entstehen könnte?

FM Das will ich nicht ausschliessen. Aber das ist im Umgang mit China nicht die relevante Frage. Viele Fachleute sagen, dass die chinesische Denkweise in sehr langen Zeiträumen und kollektivistisch funktioniert und damit auch weit kam. Andere vermuten auch, dass es eine Form von Widerstand in der chinesischen Bevölkerung geben könnte, die wieder zu mehr Mitbestimmung der Gesellschaft führen würde. Aber aus der Perspektive der Schweizer Linken müssen wir auch jetzt für unsere Werte einstehen. Die sind universalistisch: Freiheits- und Menschenrechte gelten für alle. Und wir müssen auch dafür sorgen, dass wir an einer Weltordnung bauen, in der nicht ein einzelnes Land nationalegoistisch tun kann, was es will, und damit den Weltfrieden in Gefahr bringt, sei es mit Trump, Xi Jinping oder Putin an der Spitze.

NW Eine letzte Frage: Wie sind Sie eigentlich vom Juso-Präsidenten zum Aussenpolitiker geworden?

Meine erste Politisierung geschah durch die Migrationsfrage, die natürlich auch mit Aussenpolitik zu tun hat. Meine zweite Politisierung war wohl die Lektüre von Jean Ziegler. Da entstand das Interesse für Zusammenhänge: Wie funktioniert der Kapitalismus global? Welche Ausbeutungsverhältnisse gibt es? Auch, dass ich für Swissaid gearbeitet habe, hat mich geprägt. Schliesslich war aber auch viel Zufall dabei, dass ich den Platz von Tim Guldimann in der aussenpolitischen Kommission des Nationalrats übernehmen konnte. ●

○ Fabian Molina, *1990, ist seit 2018 für die SP im Nationalrat, dort Mitglied der Aussenpolitischen Kommission, Co-Präsident von Swissaid und lebt in Zürich.
fabianmolina.ch